

Entschließungsantrag

**der Bundesrätinnen und Bundesräte Korinna Schumann, Mag. Elisabeth Grossmann,
Prof. Stefan Schennach
Genossinnen und Genossen**

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Bewerbung der Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai 2019

eingbracht im Zuge der Debatte zu Top 1 Bericht der Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend betreffend EU-Jahresvorschau 2019.

Der Bundesrat widmet sich wie keine andere Kammer den Themen und Politikgehalten der Europäischen Union. Der Bundesrat versteht sich selbst auch **als Europakammer**, neben seiner Funktion als Länderkammer. Der Bundesrat thematisiert mit seinem EU-Ausschuss alle wichtigen Themenbereiche und behandelt alle EU-Jahresvorschauen der Mitglieder der Bundesregierung im Gegensatz zum Nationalrat im Plenum.

Nach der letzten Bundesratssitzung wurde bekannt, dass diesmal das Bundesministerium für Inneres keine Postwurfsendungen an alle österreichischen Haushalte in Auftrag geben wird, mit welchen die potentiellen Wählerinnen und Wähler darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie an dieser Wahl auch mittels Briefwahl teilnehmen können.

Diese Politik erscheint auch hinsichtlich der Fakten verstörend, da die ausgestellten Wahlkarten für die Briefwahl zwischen der Europawahl 2009 und jener 2014 massiv angestiegen sind, die Briefwahl also von der Bevölkerung als zusätzliche Möglichkeit zur Stimmabgabe angenommen wurde.

Die Europawahl 2014 brachte lediglich eine Wahlbeteiligung von 45,39 %.

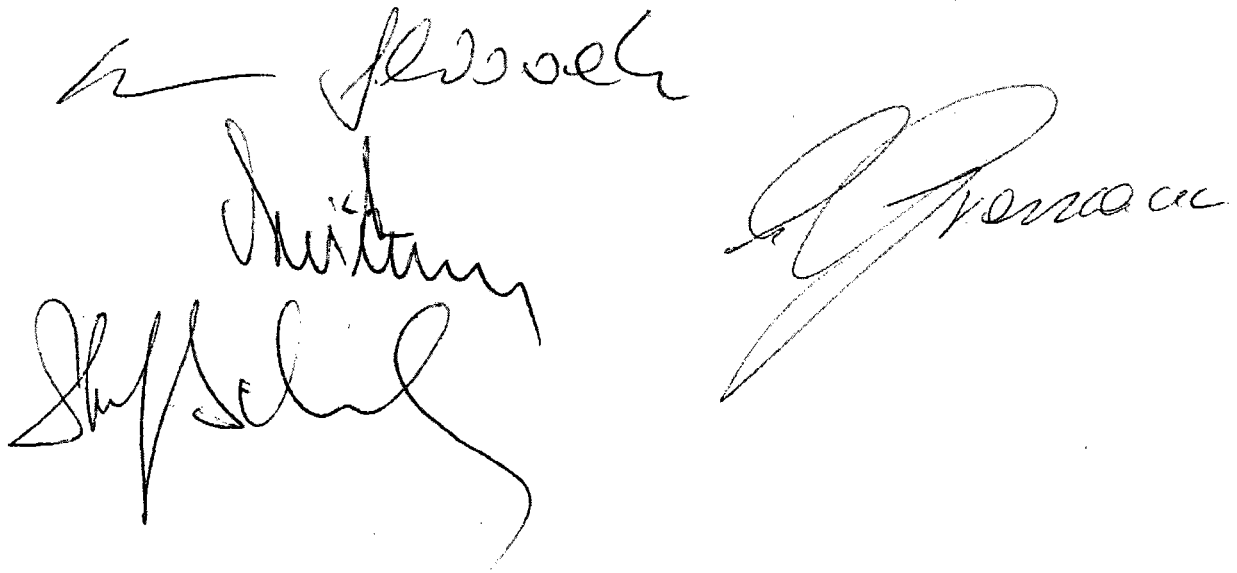
Von 6.410.602 Wahlberechtigten haben also nur 2.900.497 Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen teilgenommen. Dieser Umstand sollte eigentlich den verantwortlichen Bundesminister dazu anspornen, alles zu unternehmen, damit die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 wieder steigt und der negative Trend bei der Wahlbeteiligung sich nicht fortsetzt.

Da die FPÖ bei bundesweiten Wahlen bei den Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimme mit Briefwahl abgeben, weniger Stimmen bekommen wie bei den übrigen Wählerinnen und Wählern, dürfte es sich also bei dem Verzicht auf eine Information der Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der Möglichkeit der Briefwahl um eine durchaus parteipolitisch motivierte Aktion handeln. Um jegliche Anscheinsproblematik zu vermeiden, wäre es notwendig, wenn das Bundesministerium für Inneres auch bei dieser Wahl zum Europäischen Parlament alle seine Möglichkeiten wahrnimmt, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Die Teilhabe an demokratischen Wahlen ist zugleich auch Teilhabe an der Demokratie überhaupt und deshalb ein, parteipolitischen Interessen übergeordnetes, Ziel, dass von allen obersten Organen verfolgt werden sollte.

Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

„Der Bundesminister für Inneres, aber in diesem Zusammenhang auch alle übrigen Mitglieder der Bundesregierung, werden aufgefordert, alle Möglichkeiten, die ihr Ressort bietet, zu nutzen, um die Wahlbeteiligung bei bundesweiten Wahlen zu erhöhen. Der Bundesminister für Inneres im Besonderen wird aufgefordert, die Wählerinnen und Wähler zu informieren, dass sie an der Europawahl bei abzusehenden Verhinderungsgründen auch mit Briefwahl teilnehmen können.“



The image shows four handwritten signatures in black ink. On the left side, there are three signatures stacked vertically: the top one is 'K. J. J. J.', the middle one is 'K. J. J.', and the bottom one is 'K. J. J.'. On the right side, there is a single, larger signature that appears to be 'K. J. J.'.

